

## A4 Wehrpflicht nein danke! Freiwilligendienste strukturell stärken

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin  
Beschlussdatum: 09.02.2026  
Tagesordnungspunkt: 15. Inhaltliche Anträge

### Antragstext

1 Am 13. November 2025 einigte sich die Bundesregierung aus Union und SPD auf das  
2 sogenannte Wehrdienstmodernisierungsgesetz (WDModG). Angelehnt an das  
3 Schwedische Modell soll zunächst auf die Förderung von Freiwilligkeit gesetzt  
4 werden. Verpflichtend ist zunächst nur das Ausfüllen eines Fragebogens und die  
5 Musterung aller jungen Männer, die 2008 oder später geboren wurden. In Berlin  
6 würde das im kommenden Jahr 16.000 Jugendliche betreffen. Melden sich dennoch  
7 nicht genug Personen freiwillig, sieht der Gesetzentwurf eine Bedarfswehrpflicht  
8 vor, die vom Bundestag beschlossen werden kann. Das Verfahren dafür steht noch  
9 nicht vollständig fest, aber auch Zufallsverfahren wie das Losverfahren werden  
10 weiterhin debattiert.

11 Als GRÜNE JUGEND Berlin lehnen wir eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, der  
12 verpflichtenden Musterung oder die Einführung anderweitiger Pflichtdienste  
13 entschieden ab. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es nicht nur von  
14 konservativen Kreisen, sondern auch von einzelnen Grünen gefordert wird, ist ein  
15 gesellschaftspolitischer Rückschritt und ein Angriff auf Selbstbestimmung,  
16 Freiheit und körperliche Unversehrtheit. Stattdessen setzen wir darauf,  
17 bestehende Angebote des freiwilligen, gesellschaftlichen Engagements zu stärken,  
18 bestehende Hürden abzubauen und Strukturen, die echte Beteiligung und  
19 Zusammenhalt ermöglichen, zu stärken.

20 Schluss mit Politik über die Köpfe junger Menschen hinweg

21 In der öffentlichen Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht geht die  
22 Perspektive junger Menschen oftmals unter. Gleichzeitig zeigen Umfragen seit  
23 Jahren ein eindeutiges Bild: Diejenigen, die am Ende einen Pflichtdienst  
24 ableisten müssten, lehnen ihn klar ab. Mehr als 60 % der unter 30-Jährigen  
25 sprechen sich regelmäßig gegen eine Wehrpflicht aus und laut einer von  
26 Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie würde eine Mehrheit der 16- bis 25-  
27 Jährigen den Dienst an der Waffe sogar verweigern. Diese Zahlen verdeutlichen:  
28 Junge Menschen wollen selbst bestimmen, wie und wo sie Verantwortung übernehmen.  
29 Tausende Schüler\*innen deutschlandweit organisieren Proteste und Schulstreiks  
30 gegen ein Wehrpflicht. Wir stehen an ihrer Seite und solidarisieren uns mit  
31 allen Schüler\*innen die ihr Stimme nutzen um sich Gehör bei Politik und  
32 Gesellschaft zu verschaffen: für politische Entscheidungen mit und für jungen  
33 Menschen, für eine Perspektive und sichere Zukunft und gegen Maßnahmen, die  
34 Unsicherheit verursachen und gleichzeitig keine echten Lösungen sind.

35 Dabei ist es gerade diese junge Generation, die in den vergangenen Jahren  
36 bereits enorme Lasten getragen hat. Während der Corona-Pandemie hat sie sich  
37 zurückgenommen, zentrale Erfahrungen ihrer Jugend verpasst und ältere sowie  
38 vulnerable Gruppen geschützt. Die negativen Auswirkungen dieser Zeit in den  
39 Bereichen Bildung und mentaler Gesundheit wurden politisch nie aufgefangen.  
40 Heute ringt sie mit hohen Mieten, gestiegenen Preisen und Unsicherheit in  
41 Ausbildung, Studium und Beruf und wird die dramatischsten Folgen der Klimakrise

42 erleben. Hinzu kommt der Jahrzehntelange Investitionsstau in Bildung,  
43 Infrastruktur und Daseinsvorsorge, dessen Konsequenzen junge Menschen bereits  
44 heute ausbaden müssen und die das Vertrauen in Politik und staatliche  
45 Institutionen seit Jahren schwächen.

46 Vor diesem Hintergrund einen militärischen oder gesellschaftlichen Pflichtdienst  
47 einzufordern bedeutet, eine Generation in die Verantwortung für die  
48 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu ziehen, der die Politik selbst über Jahre  
49 hinweg elementare gesellschaftliche Verantwortung schuldig geblieben ist. Von  
50 jungen Menschen zu verlangen, die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte  
51 auszubügeln und die gesellschaftliche Verantwortung der Verteidigungsfähigkeit  
52 zu schultern, während ihre eigenen Bedürfnisse, Chancen und Lebensrealitäten  
53 politisch zu lange vernachlässigt wurden, geht gegen den Grundwert der  
54 Generationengerechtigkeit, für den wir als Partei wie keine andere stehen.

55 Für uns steht fest: Junge Menschen sind nicht bloß eine Ressource, auf die der  
56 Staat im Krisenfall zurückgreifen kann, sondern aktive Mitgestalter\*innen  
57 unserer demokratischen Gesellschaft. Sie brauchen Räume, in denen sie  
58 selbstbestimmt handeln können und eine Politik, die ihnen zutraut, Verantwortung  
59 freiwillig zu übernehmen. Was sie nicht brauchen, sind staatliche  
60 Pflichtdienste, die ihre Freiheit einschränken und ihre Perspektiven ignorieren.

61 Für den Verteidigungsfall explizit junge Menschen verpflichten zu wollen ist  
62 grundsätzlich falsch. Der Fokus sollte hier nicht auf den Jüngsten liegen,  
63 während diese Generation gleichzeitig von den nicht-zukunftsgewandten  
64 Entscheidungen der aktuellen Regierungen nicht berücksichtigt oder mitgenommen  
65 wird.

## 66 Strukturelle Probleme in der Bundeswehr anerkennen und beheben

67 Die Bundeswehr ist keine neutrale Organisation, die lediglich unter  
68 Personalmangel leidet, sondern eine hierarchische, autoritäre Gewaltinstitution,  
69 deren innere Strukturen seit Jahrzehnten massive demokratische Defizite  
70 aufweisen. Rechtsextreme Netzwerke, insbesondere in Eliteeinheiten wie dem KSK,  
71 sind dabei kein „Betriebsunfall“, sondern Ausdruck eines Systems, das Gewalt,  
72 Abschottung und Korpsgeist systematisch begünstigt. Wiederholte Skandale,  
73 verschwundene Waffen und Munition sowie mangelhafte parlamentarische Kontrolle  
74 zeigen: Das Problem ist strukturell, nicht individuell.

75 Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und autoritäre  
76 Männlichkeitsbilder sind in der Bundeswehr weiterhin Realität. Für viele junge  
77 Menschen, insbesondere für queere Personen, FLINTA\*-Personen migrantische oder  
78 andere marginalisierte Menschen, ist die Bundeswehr kein sicherer Ort, sondern  
79 ein potenziell gefährliches Umfeld. In eine solche Institution Menschen gegen  
80 ihren Willen zu schicken, ist nicht nur politisch unverantwortlich, sondern ein  
81 massiver Eingriff in ihre körperliche und psychische Unversehrtheit.

82 Dass die Bundeswehr für viele junge Menschen kein attraktives Arbeitsumfeld  
83 darstellt, zeigt sich auch in den hohen Abbruchquoten von rund 25 % in den  
84 ersten Dienstmonaten. Diese Quote ist ein Symptom systemischer Probleme, nicht  
85 fehlender „Verantwortungsbereitschaft“ einer Generation. Immer wieder sind  
86 Soldat\*innen, insbesondere junge Rekrut\*innen in der Ausbildung, durch extrem  
87 belastende, entwürdigende und lebensgefährliche Praktiken zu Schaden gekommen

88 oder gestorben. Niemand wird die Bundeswehr demokratischer, sicherer oder  
89 attraktiver machen, indem junge Menschen hineingezwungen werden.

90 Wer Sicherheit ernst meint, muss rechte Strukturen konsequent zerschlagen,  
91 demokratische Kontrolle stärken und Gewaltmonopole kritisch hinterfragen,  
92 anstatt sie mit Zwang zu legitimieren

93 Militarisierung ist Klassenpolitik von oben nach unten

94 Die Debatte um die Wehrpflicht steht dabei nicht isoliert, sondern ist Teil  
95 einer allgemeinen Militarisierung der Gesellschaft, der wir als GRÜNE JUGEND  
96 Berlin kritisch gegenüber stehen. Während der Sozialstaat kaputtgespart wird und  
97 Arbeitnehmerrechte immer stärker angegriffen werden, fließen Milliarden in  
98 Aufrüstung und militärische Symbolpolitik.

99 Diese Militarisierung vollzieht sich auch in Zeiten eines  
100 gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks und ist eng mit ihm verknüpft. Autoritäre  
101 Sicherheitsnarrative, nationale Abschottung und die Normalisierung von Zwang und  
102 Gewalt greifen ineinander. Während rechte Akteur\*innen Grundrechte angreifen und  
103 Ausgrenzung verschärfen, passt sich die politische Mitte an, anstatt klaren  
104 Widerstand zu leisten.

105 Besonders gefährlich wird die Entwicklung im Hinblick auf die mögliche  
106 faschistische Machtergreifung: Aufrüstung, Wehrpflicht und militärische  
107 Hierarchien schaffen die personelle und institutionelle Basis für einen  
108 repressiven, autoritären Staat. Eine bewaffnete, hierarchische  
109 Gesellschaftsinfrastruktur kann gegen linke, emanzipatorische und  
110 marginalisierte Gruppen eingesetzt werden, während soziale Ursachen von  
111 Unsicherheit weiter unbehandelt bleiben.

112 Junge Menschen sind keine Lückenfüller: soziale Infrastruktur stärken

113 Der Fachkräftemangel im sozialen Sektor ist seit Jahren ein zunehmendes Problem  
114 und wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Besonders in der  
115 Pflege, in Kitas, in der Jugendhilfe und in Einrichtungen für Menschen mit  
116 Behinderungen fehlen qualifizierte Fachkräfte. Diese Versorgungslücken entstehen  
117 jedoch nicht, weil es zu wenige junge Menschen gibt, die grundsätzlich bereit  
118 wären, im sozialen Bereich zu arbeiten, sondern weil der Staat seit Jahren darin  
119 versagt, verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen für Beschäftigte im  
120 sozialen Bereich zu schaffen.

121 Ein Pflichtdienst adressiert weder die Ursachen des Fachkräftemangels noch die  
122 strukturellen Schwächen des sozialen Sektors. Der damit verbundene Mehraufwand  
123 für Supervision, Wissensvermittlung und organisatorische Betreuung würde  
124 bestehende Engpässe eher verschärfen, als sie zu beheben. Statt tiefgreifenden  
125 Lösungsansätzen durch zum Beispiel Investitionen in Bildung und Ausbildung  
126 werden hier Scheinlösungen mit jungen Menschen als Leidtragenden vorgeschlagen.  
127 Auch große Wohlfahrtsverbände und Träger von Freiwilligendiensten wie der  
128 Paritätische Gesamtverband oder die Diakonie haben sich zuletzt entschlossen  
129 gegen eine Dienstplicht geäußert und weisen auf die mit einer Dienstplicht  
130 einhergehenden Grundrechtsverletzungen sowie den immensen organisatorischen  
131 Aufwand und die Kosten hin. Außerdem kritisieren sie, dass soziale Berufe durch  
132 so einen Eingriff abgewertet werden.

133 Freiwilligendienste strukturell stärken

134 Bereits heute engagieren sich bis zu 100.000 Menschen jedes Jahr im Rahmen von  
135 Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem  
136 Bundesfreiwilligendienst (BFD) oder dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ).  
137 Zumeist sind es junge Menschen, die sich nach ihrer Schulzeit für ein Jahr des  
138 gesellschaftlichen Engagements entscheiden und Tag für Tag Verantwortung  
139 übernehmen. Sie unterstützen Pflegekräfte in Altenheimen, begleiten Kinder und  
140 Jugendliche in Schulen und Kitas, helfen Menschen mit Behinderung im Alltag oder  
141 setzen sich für den Klima- und Naturschutz ein.

142 Mit ihrem Einsatz stärken sie nicht nur soziale Einrichtungen und gemeinnützige  
143 Organisationen, sondern sammeln auch selbst wertvolle und nachhaltig-prägende  
144 Erfahrungen. Viele entdecken durch ihren Freiwilligendienst neue berufliche  
145 Perspektiven, lernen ihre eigenen Fähigkeiten besser kennen und entwickeln ein  
146 starkes Bewusstsein für gesellschaftliche Zusammenhänge. Nicht selten entstehen  
147 aus diesem Engagement langfristige berufliche oder ehrenamtliche Bindungen, die  
148 weit über das eigentliche Dienstjahr hinausreichen.

149 Freiwilligendienste zeigen: junge Menschen sind bereit, sich einzubringen,  
150 gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Politik  
151 muss diese Bereitschaft stärken, statt auf Zwang und Bevormundung zu setzen.  
152 Statt Debatten über ein Pflichtjahr braucht es verlässliche finanzielle und  
153 strukturelle Rahmenbedingungen, bessere Anerkennung von Leistungen und niedrige  
154 Zugangshürden für alle Menschen, die sich bereits heute freiwillig engagieren  
155 wollen.

156 Freiwilligendienste stehen seit Jahren unter Druck. Einsatzstellen kämpfen um  
157 eine ausreichende Finanzierung. Im Bundeshaushalt 2025 sind Kürzungen bei  
158 Freiwilligendiensten von rund 40 Millionen € vorgesehen, was etwa 20% weniger im  
159 Vergleich zum Vorjahr sind. Und für die Freiwilligen reicht das Taschengeld bei  
160 langem nicht aus um sich das Leben zu finanzieren - schon gar nicht in einer  
161 Stadt wie Berlin!

162 Und trotzdem werden nach aktuellen Haushaltsplänen des Bundes etwa ein Drittel  
163 der aktuellen Mittel für Freiwilligendienste gestrichen. Junge Menschen leiden  
164 schon jetzt unter kaputtgesparten Strukturen im Bereich des Freiwilligendienstes  
165 und auch in der Bundeswehr.

166 Darüber hinaus braucht es eine langfristige Absicherung der Trägerstrukturen,  
167 die Freiwilligendienste organisieren und begleiten. Eine verlässliche  
168 Finanzierung, hochwertige pädagogische Begleitung und klare Qualitätsstandards.

169 Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Berlin:

- 170 • Einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst
  - 171 ◦ Jede Person, die sich gesellschaftlich engagieren möchte, soll ein  
172 gesetzlich verankertes Recht auf einen Freiwilligendienst haben und  
173 dies unabhängig vom Alter, Gender oder finanziellen Hintergrund.
- 174 • Finanzielle Absicherung von Freiwilligendiensten
  - 175 ◦ Wir fordern eine Anhebung des Taschengeldes für Freiwillige, die  
176 sich am BAföG-Höchstsatz orientiert und aus dem Bundeshaushalt

- 177 finanziert wird. So kann Chancengleichheit erhöht werden und  
178 sozialer Ungleichheit entgegengewirkt werden.
- 179 • Kostenloser Zugang zum ÖPNV für alle Freiwilligen
- 180     ◦ Wir fordern eine kostenfreie Bereitstellung des Deutschlandtickets  
181        für Freiwillige, um die finanzielle Belastung zu reduzieren. Des  
182        Weiteren müssen Freiwillige Anspruch auf die gleichen  
183        Vergünstigungen wie Senior\*innen oder Studierende erhalten.
- 184 • Sichtbarkeit von Freiwilligendiensten erhöhen
- 185     ◦ Wir fordern eine bundesweite Informationskampagne, mit einem  
186        Motivationsschreiben des/der Bundespräsidenten\*in an alle  
187        Schulabgänger\*innen. Damit soll Menschen geholfen werden, einen  
188        Überblick über die Vielfalt und die Möglichkeiten bestehender  
189        Programme zu erhalten.

190 Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Gesamtlage, der strukturellen  
191 Defizite in der Bundeswehr und der bestehenden Engpässe im sozialen Bereich ist  
192 klar: Pflichtdienste oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind weder  
193 gerecht noch wirksam. Junge Menschen sollen nicht Zwangsdiene leisten, um  
194 politische Versäumnisse auszugleichen, sondern Räume erhalten, in denen sie  
195 freiwillig Verantwortung übernehmen können. Die GRÜNE JUGEND Berlin steht  
196 deshalb für eine konsequente Stärkung freiwilliger Dienste, die Engagement,  
197 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und wertschätzen.

## Begründung

Quellen:

- <https://presseportal.greenpeace.de/255453-greenpeace-umfrage-mehrheit-der-jugendlichen-sieht-grundrechte-durch-wehrpflicht-bedroht/>
- <https://www.morgenpost.de/politik/article241831850/Nie-mehr-Wehrpflicht-Drei-Gruende-warum-sie-ein-Fehler-waere.html>
- <https://www.deutschlandfunk.de/wehrpflicht-bundeswehr-wehrdienst-modernisierungsgesetz-kriegsdienstverweigerung-100.html>
- <https://www.sueddeutsche.de/politik/wehrdienst-gesetz-musterung-jahrgaenge-verdienst-verweigern-fragen-antworten-li.3335253>
- <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-09/personalmangel-bundeswehr-schrumpfen-abbrecher-boris-pistorius>
- <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/bundeswehr-rechtsextremismus-134.html>
- <https://taz.de/97-Rechtsextreme-aus-der-Armee-entlassen/!6106422/>
- [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Paritaetische\\_Position\\_zur\\_moeglichen\\_Wiedereinfuehrung\\_der\\_Wehrpflicht\\_und\\_des\\_Zivildienstes.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Paritaetische_Position_zur_moeglichen_Wiedereinfuehrung_der_Wehrpflicht_und_des_Zivildienstes.pdf)
- <https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2022/juni/pflicht-oder-freiwilligkeit-argumente-zur-dienstpflichtdebatte>

<https://www.diakonie.de/informieren/bundeshaushalt-2026>

<https://www.bundes-freiwilligendienst.de/news/haushaltskuerzungen-2025-wie-die-reduzierung-der-mittel-fuer-freiwilligendienste-die-stellenangebote-beeinflusst/>